

Zeitschrift:	Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber:	Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band:	17 (1925)
Heft:	9
Rubrik:	Aus schweizerischen Verbänden

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 25.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

net, sondern nur die Zeit, die er an seiner Arbeitsstelle wirklich arbeitet. Jede Stunde, die er fehlt wegen Krankheit, wegen Unpässlichkeit, wegen Besuchs, wegen Todesfalls, wegen Inventur im Betrieb, wegen Arbeitslosigkeit, wegen notwendiger Gänge zum Steuerkommissär oder in irgendwelche Bureaus, kurz, jede Verhinderung irgendwelcher Art wird ihm abgezogen. Wir fragen: Wo in aller Welt gibt es einen Landwirt, der selbst und mit seinen Angehörigen während 330 Tagen im Jahr jeden Tag 12 Stunden arbeitet, Essenszeit, Pausen, Gang zu und von der Arbeit, die für sich selbst oder für die Haushaltung oder die Familie verwendete Zeit abgerechnet, der nie eine Stunde von seiner Arbeit weglebt, kurz, der während 330 Tagen im Jahr jeden Tag 12 Stunden lang so intensiv für seinen Betrieb arbeitet, wie der Arbeiter für seinen Unternehmer?

Natürlich gönnen wir gerne dem Bauer mit seinen Angehörigen ein rechtes Auskommen, wie es auch die Arbeiterschaft erstrebt; aber ist es wirklich notwendig, mit solchen Rechnungsmethoden, mit solchen Mitteln Unmögliches und Ungleiches miteinander vergleichen zu wollen?

Man vergleiche doch auch einmal, was auf den Tisch des Arbeiters kommt, nach Art, Qualität und Menge, und was auf den Tisch des Bauern kommt! Das würde eher ein Bild geben über die Möglichkeit der beiderseitigen Lebenshaltung. Darüber, d. h. über den Nahrungsaufwand, fehlen uns freilich Angaben, aber wir haben Angaben über den allgemeinen Verbrauch, die wir noch folgen lassen wollen.

Der private Verbrauch pro Familie. Der Bericht des Bauernsekretariats gibt als *privaten Verbrauch der Bauernfamilien* an:

	1921 Fr.	1922 Fr.
Kleinbauern	5,044	4669
Kleine Mittelbauern	5,883	4952
Mittelbauern	7,353	5906
Grosse Mittelbauern	8,777	7251
Grossbauern	10,761	8540

Demgegenüber entnehmen wir den Mitteilungen des statistischen Bureaus des Kantons Zürich folgende Angaben über Einkommen und Verbrauch von Arbeiter- und Angestellten-Familien im Kanton Zürich: Die Familieneinnahmen betrugen im

	1921 Fr.	1922 Fr.
Mittel beider Gruppen . . .	5953	5425
Der Familienverbrauch betrug . . .	5945	5438

Die Verminderung des Verbrauchs im Jahre 1922 gegenüber dem Vorjahr ist sowohl bei den Bauern wie bei den Arbeitern und Angestellten auf den Preisrückgang zurückzuführen. Die Bauern haben im Jahre 1922 mehr verbraucht, als sie verdient haben, die Arbeiter und Angestellten ebenso. Zudem waren es solche Arbeiter und Angestellte, die von der Arbeitslosigkeit nicht betroffen waren. Das darf nicht ausser acht gelassen werden.

Beim Vergleich obiger Angaben ist weiter zu berücksichtigen, dass für den Verbrauch der Bauern die Preise ab Hof, also Produzentenpreise, berechnet sind, für die Arbeiter aber die Detail- oder Verbraucherpreise. Um aus dem Preis auf die Verbrauchsmengen schliessen zu können, muss diese Differenz berücksichtigt werden; sie beträgt 30 bis 50 Prozent und mehr der selbstproduzierten Waren. Da der Bauer gut die Hälfte seines Verbrauches selbst produziert, so ist auf diese Hälfte ein Zuschlag von 40 Prozent im Mittel zu machen, dann kommen wir zu folgenden Vergleichsziffern:

Verbrauch der	1921 Fr.	1922 Fr.
Kleinen Mittelbauern	8,823	7,087
Kleinbauern	6,052	5,603
Kleinen Mittelbauern	7,058	5,942
Mittelbauern	8,823	7,087
Grossen Mittelbauern	10,532	8,701
Grossbauern	12,913	10,248
Arbeiter und Beamte	5,945	5,468

Diese Ziffern können uns über die Verluste der Grossbauern im Jahre 1922 trösten, persönlich ist es ihnen noch nicht schlecht gegangen. Diese kleine Tabelle zeigt mit Sicherheit, dass die Bauernfamilie nicht etwa schlechter lebt und nicht weniger, sondern mehr zu verbrauchen hat als die Arbeiterfamilie. Und da man so gerne die Sparsamkeit der Bauern ins Feld führt, so muss man wohl oder übel gelten lassen, dass die Arbeiterfamilie noch viel sparsamer als die Bauernfamilie zu leben genötigt ist.

E. L.



Aus schweizerischen Verbänden.

Bau- und Holzarbeiter. Die Aussperrung der Bauarbeiter in Wattwil wurde nach siebenwöchiger Dauer abgebrochen. Die Ausgesperrten erklärten Annahme der Bedingungen der Unternehmer, d. h. einer wöchentlichen Arbeitszeit von 55 Stunden.

Dieses schlimme Resultat ist der Unsolidarität der zahlreichen Saisonarbeiter zu verdanken, die erst abreisten, aber nach einigen Wochen als Streikbrecher wiederkamen. So vermehrte sich die Zahl der Arbeitswilligen derart, dass eine Weiterführung der Bewegung aussichtslos wurde.

Buchbinder. Der Verband führte eine Urabstimmung durch über eine Beitragserhöhung zugunsten der Invaliden-, Sterbe- und Unterstützungskasse. Von 522 an den Versammlungen anwesenden Mitgliedern stimmten 326 für, 179 gegen eine Beitragserhöhung. 17 Stimmen waren leer und ungültig. Die Beitragserhöhung ist somit angenommen.

Metall- und Uhrenarbeiter. Der Schlosserstreik in Bern wurde nach einer Dauer von 16 Wochen durch einen verbindlichen Schiedsspruch des Einigungsamtes in Bern, dem sich beide Parteien unterzogen, beendet. Die Arbeit wurde am 4. August wieder aufgenommen. Der Kampf wurde auf beiden Seiten mit grosser Zähigkeit geführt, und es erschien unmöglich, zu einer Einigung zu gelangen, bis man sich schliesslich dahin verständigte, die verbleibenden Differenzen durch einen Schiedsspruch aus der Welt zu schaffen.

Der Vertrag, der zwischen den Parteien abgeschlossen wurde, dauert zwei Jahre. Die Arbeitszeit ist wie bisher auf 48 Stunden pro Woche festgelegt; die Minimallöhne variieren von 80 Cts. pro Stunde für jugendliche Handlanger bis Fr. 1.80 für selbständige Schlosser und Gruppenchefs.

Papier- und graph. Hilfsarbeiter. Der Streik in der Papierfabrik Landquart kam in der ersten Augustwoche zum Abschluss. Die Firma, deren Bestellungen während des Streiks von den andern Fabriken ausgeführt wurden, lehnte, wie bereits mitgeteilt, den Einigungsvorschlag des Einigungsamtes Chur ab. Dagegen machte sie einen besondern Vorschlag, in dem sie eine teilweise Erhöhung der Löhne und die teilweise Einführung der Akkordarbeit offerierte. Der kritische Punkt waren jedoch die in Aussicht gestellten Massregelungen. Die Streikenden vermittelten einige der gestellten Bedingungen abzumildern, im grossen ganzen mussten aber die Bedingungen der

Firma akzeptiert werden. Für den Beginn konnten nur zwei Drittel der vorher beschäftigten Arbeiter die Arbeit aufnehmen. Die andern müssen noch weiter unterstützt werden. Etwa 30 Arbeiter können nicht mehr auf Einstellung im Betriebe rechnen. Diese Situation machte es notwendig, dass sich das Bundeskomitee mit der Unterstützungsfrage beschäftigte, und da die Mittel des Verbandes erschöpft sind, an die Solidarität der übrigen Arbeiterschaft appellierte. Wir hoffen, dass dieser Appell Gehör findet.



Aus andern Organisationen.

Zollangestellte. Am 7. und 8. August hielt dieser Verband seine Delegiertenversammlung in Basel ab. Neben den üblichen Geschäften kam auch die Frage des Anschlusses des Verbandes an den Gewerkschaftsbund wieder zur Sprache. Bekanntlich wurde letztes Jahr in der Urabstimmung dieser Beitritt beschlossen. Da aber nachher die Opposition eine scharfe Kampagne gegen den Beitritt eröffnete, unterblieb die Anmeldung. Die Delegiertenversammlung empfahl ebenfalls weiteres Zuwarten. Diese Unentschlossenheit ist sehr zu bedauern.

Der christlichsoziale Arbeiterkongress. Der «Gewerkschafter» bezeichnet den Kongress als die Krone der bisherigen Tagungen, aber nicht etwa der Bedeutung der behandelten Fragen, sondern des äussern Rahmens wegen. Dieses Urteil eines Begeisterten sagt wohl genug. Und in der Tat. Was z. B. gesagt wurde über den Geist christlicher Ethik in der Wirtschaft, so sieht jeder, der nicht mit Blindheit geschlagen ist, wie diese Ethik in der Praxis aussieht.

Sand in die Augen der Armen im Geiste ist es, wenn von den Saboteuren der Zollinitiative Berücksichtigung der Arbeiterforderungen verlangt wird, Heuchelei, wenn in einer Resolution der folgende Passus zu finden ist: «Der Kongress verlangt die möglichste Beförderung der Invalidenversicherung in dem Sinne, dass die Vorarbeiten für dieselbe weiterbetrieben und auch für sie Finanzmittel gesucht werden, damit ihre Einführung nicht auf lange Zeit hinausgeschoben wird.» Und die gleichen Leute waren die verbissensten Gegner der Initiative Rothenberger.

Schweiz. Verband zur Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaues. In einem kurzgefassten Bericht orientiert der Vorstand des Schweiz. Verbandes zur Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaues über seine Tätigkeit im Jahre 1924. Der Verband war seinerzeit im Jahre 1919 unter dem Einfluss der sich verschärfenden Wohnungsnot unter dem Vorsitz des Genossen Dr. Kloti in Zürich gegründet worden. Unter der Einwirkung von Umständen verschiedener Art wurde das Schwergewicht der Verbandstätigkeit von der Zentrale in die Sektionen verlegt. Die Sektionen Basel, Bern, St. Gallen, Section Romande und Zürich berichten anschliessend über die von ihnen im Berichtsjahre unternommenen Schritte.



Aus Arbeitgeberverbänden.

Zentralverband schweizerischer Arbeitgeberorganisationen. In einem 70 Seiten umfassenden Bericht orientiert der Zentralverband schweizerischer Arbeitgeberorganisationen über seine Tätigkeit im Jahre 1924.

Im Mitgliederbestand sind wesentliche Änderungen nicht zu verzeichnen; neu angeschlossen haben sich der «Schweizerische Arbeitgeberverband für das Schnei-

dergewerbe» und der «Basler Volkswirtschaftsbund»; der Zentralverband setzte sich Ende 1924 aus 33 Arbeitgeberorganisationen zusammen: aus 20 Industrieverbänden und 13 gemischten kantonalen und lokalen Organisationen.

Anschliessend an den Bericht über die Mitgliedschaft folgt die Angabe der Zusammensetzung der Organe des Zentralverbandes, dann der Bericht über das Sekretariat und dessen Arbeiten. Besondere Abschnitte sind den wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Themen gewidmet.

Hinsichtlich der *Arbeitslöhne* wird festgestellt, dass sich das Lohnniveau im Berichtsjahr nicht stark verändert habe; immerhin dürfte es sich gegenüber dem Vorjahr etwas gehoben haben. Hinsichtlich der lohnstatistischen Angaben auf nationalem und internationalem Gebiet verhält sich der Bericht sehr skeptisch; namentlich gegenüber den vom Internationalen Arbeitsamt veröffentlichten Reallohnansätzen einiger Staaten wird grosse Vorsicht empfohlen.

Zur *Arbeitszeit* wird mit Erstaunen konstatiert, dass sich die Arbeitnehmerverbände trotz der Ablehnung der Revision des Artikels 41 auch gegen Bewilligungen von Arbeitszeitverlängerungen nach dem alten Art. 41 wenden. Mit Entschiedenheit wird dagegen protestiert, dass die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage auf den allgemeinen Übergang zur 48stündigen Arbeitszeit zurückzuführen sei. Vielmehr sei die Besserung eine Folge der allmählichen Konsolidierung der politischen Lage und der Valutaverhältnisse. Der Berichterstatter geht somit über den Kernpunkt der Frage sehr elegant hinweg. Denn der von Arbeitgeberseite verkündete Ruin der schweizerischen Wirtschaft im Falle der Ablehnung der Revision des Art. 41 ist doch wohl ausgeblichen!

Der Bericht orientiert sodann über die Tätigkeit der Organe des Zentralverbandes hinsichtlich des eidg. Fabrikgesetzes (Postulat IIg betr. Einsetzung einer partiativen Kommission zur Begutachtung der Gesuche und Beschwerden in bezug auf Einführung der 52stundenwoche), über die berufliche Ausbildung usw.

Besondere Abschnitte sind auch dem *Dienstverhältnis des Bundespersonals* und der Verwaltungs- und Disziplinarrechtspflege gewidmet. Dem Bundesrat bleibt der Vorwurf nicht erspart, dass er sich bei der Festsetzung der neuen Besoldungsansätze *zu wenig* nach der Lohnhöhe der Privatwirtschaft gerichtet habe. Bei dieser Gelegenheit wird auch nicht versäumt, die öffentliche Meinung «gegen die Privilegierung des Bundespersonals gegenüber der Privatarbeitnehmerschaft» aufzurufen. Uns scheint immerhin, dass die schlechten Löhne der Privatwirtschaft nicht als Vorwand dafür dienen dürfen, das Bundespersonal ebenso schlecht zu bezahlen. Und dass schliesslich die Lohnhöhe mitbestimmt wird von den Kosten der Lebenshaltung und dass diese wiederum durch einen andern Kurs in der Wirtschaftspolitik gesenkt werden kann, dürfte auch den Herren vom Arbeitgeberverband nicht unbekannt sein.

Durch die Verhältnisse bereits überholt sind die Ausführungen über die *Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung*; immerhin ist es interessant, dass die inzwischen von den Räten «verbesserte» Vorlage in ihrer ursprünglichen Fassung den Arbeitgebern noch zu weit ging.

Bei der Frage der *Unfallversicherung* wird wieder einmal mehr die grosse Belastung durch die Prämienleistung gegenüber andern Staaten hervorgehoben und deren «Abnornität» als ernstliches Hindernis für die Verwirklichung weiterer Zweige der Sozialversicherung bezeichnet. Gegen das Bundesgesetz über die Beitragsleistung an die *Arbeitslosenkassen* wurde von Arbeit-